

Bürgeranregung nach § 24 Gemeindeordnung

"Keine weiteren Atomtransporte durch Münster – Atomausstieg vollenden"

Der Rat der Stadt Münster möge Folgendes beschließen:

1. Der Rat der Stadt Münster lehnt in Fortführung seiner früheren Beschlüsse zur Ablehnung von Atomtransporten durch Münster auch die aktuellen Transporte von abgereichertem Uranhexafluorid von der Urananreicherungsanlage in Gronau über Münsteraner Stadtgebiet ab, da diese dem Sinn des bundesweiten Atomausstiegs zuwiderlaufen.
2. Der Rat der Stadt Münster beauftragt die Stadtverwaltung, die verantwortliche Urananreicherungsfirma Urenco Deutschland GmbH mit Sitz in Gronau aufzufordern, auf weitere derartige Urantransporte durch das Münsteraner Stadtgebiet zu verzichten.
3. Der Rat der Stadt Münster lehnt zudem die aktuell geplanten Castor-Transporte mit hochradioaktivem Atommüll vom Forschungszentrum Jülich und vom Forschungsreaktor Garching bei München ins Zwischenlager Ahaus ab.
4. Der Rat der Stadt Münster lehnt deshalb auch eine mögliche Streckenführung über die A1 im Westen von Münster nachdrücklich ab.
5. Der Rat der Stadt Münster beauftragt die Stadtverwaltung, bei der NRW-Landesregierung sowie beim Bundesumweltministerium auf eine Einstellung der Urantransporte und einen Verzicht auf die Castor-Transporte hinzuwirken, solange es kein Endlager gibt.
6. Der Rat der Stadt Münster begrüßt nachdrücklich die Ziele des Atomausstiegs – und lehnt deshalb aus Verantwortung für zukünftige Generationen jegliche Produktion von neuem Atommüll in den noch laufenden Atomanlagen in Gronau, Lingen und Garching ab.

Begründung:

Bereits 2012 und 2021 hat sich der Rat der Stadt Münster aufgrund von Bürgeranregungen mehrerer Umweltgruppen mit dem Thema Urantransporte durch Münster beschäftigt. Damals gingen die Transporte mit Uranmüll aus der Urananreicherungsanlage in Gronau nach Russland. Der Rat der Stadt Münster lehnte dies in einer Resolution ab. Wenige Monate später wurden mit Beginn des russischen Großangriffs auf die Ukraine die Uranmüllexporte nach Russland tatsächlich eingestellt.

Im April 2020 bat die Stadt Münster angesichts der Corona-Gesundheitskrise die Urenco Deutschland GmbH um das Aussetzen der Urantransporte durch Münster. Doch die Firma kam diesem Wunsch trotz der angespannten Lage der Katastrophen- und Gesundheitsbehörden nicht nach.

Bei den Urantransporten könnte in Münster bei einem schweren Transportunfall mit Austritt von Uranhexafluorid (UF₆) u. a. die hochgiftige Fluorwasserstoffsäure entstehen, was bei entsprechenden Witterungs- und Windbedingungen großflächige Evakuierungsmaßnahmen in der Stadt erforderlich machen könnte.

Obwohl der Atomausstieg in Deutschland offiziell vom Bundestag 2011 beschlossen wurde, sind die Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau sowie die Brennelementefabrik Lingen und der Forschungsreaktor Garching von diesem Atomausstieg bislang ausgeschlossen und dürfen ohne zeitliche

Begrenzung weiter produzieren. Das führt zu immer neuem Atommüll, für dessen Entsorgung ursprünglich bis Anfang der 2030er-Jahre ein Endlager gebaut werden sollte. Dies ist gescheitert und nun wohl nicht mehr vor 2070 zu realisieren.

Vor diesem Hintergrund machen Atommülltransporte von einem Zwischenlager zu einem anderen keinen Sinn. Neue Gefahren, wie z. B. der Einsatz von Kampfdrohnen, machen Atomtransporte generell unsicher und von der Polizei nicht zu 100% sicher abschirmbar. Konkret spricht deshalb die Gewerkschaft der Polizei mit Bezug auf die Castor-Transporte Jülich-Ahaus von „Wahnsinn“ und einer „sinnlosen Mammutaufgabe“.

Es ist absehbar, dass bei bis zu 152 Transporten die Polizei immer wieder nach neuen Ausweichrouten suchen wird, sodass Münster zumindest bei einigen Transporten direkt betroffen sein könnte.

Und solange kein fixes Ausstiegsdatum auch für die UAA Gronau vereinbart wird, drohen Münster auch in Zukunft regelmäßig Atomtransporte – Münster wird damit NICHT wie andere Regionen vom Atomausstieg profitieren können, weil die Belastung durch die Konsequenzen der Urananreicherung in Gronau weiter in Form von Urantransporten bestehen bleibt.

Aus all diesen Erwägungen ergreift der Rat der Stadt Münster in punkto Atomtransporte erneut die Initiative und fordert die Vollendung des Atomausstiegs. Ansonsten werden Münster und das Münsterland noch auf Jahrzehnte hinaus eine Drehscheibe des internationalen Uranhandels bleiben – mit allen damit verbundenen Gefahren und Risiken für die Münsteraner Bevölkerung.

Münster, den 5. Januar 2026

Kontakt:

SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster

c/o Umwelthaus
Zumsandestr. 15
48145 Münster
info@sofa-ms.de
www.sofa-ms.de